



Leistungsträger werden demotiviert

Jürgen Aretz beklagt ignorante Behandlung des Mittelstandes

Der CDU-Politiker Dr. Jürgen Aretz war Ende der 80er Jahre im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen für Grundsatzfragen zuständig. 1990 nahm er an den Verhandlungen über den Einigungsvertrag teil. Von Bundeskanzler Helmut Kohl wurde er zum Leiter des Arbeitsstabes neue Länder im Bundeskanzleramt berufen. Ab 1999 war er Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Als Beauftragter der Landesregierung für Restitutionsfragen konnte er umfassende gütliche Einigungen mit den

betroffenen Adelshäusern abschließen und so die Kunstgüter u.a. in Weimar, Gotha und auf der Wartburg für das Land sichern. 2004 wechselte er in das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, wo er Wirtschaftsstaatssekretär vor allem für den Bereich Mittelstand (KMU) zuständig war. Von 2007 bis 2011 leitete er als Generalbevollmächtigter der Thüringer Aufbaubank deren Repräsentanz in Brüssel.

Dr. Aretz ist Historiker und hat zahlreiche wissenschaftliche Beiträge veröffentlicht.

? Bundesinnenminister Seehofer hat die Debatte neu entfacht, ob der Islam zu Deutschland gehört. Nach Umfragen stimmen 80 Prozent der Befragten Seehofers Ansicht zu, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört. Gleichwohl hat die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung Seehofer für seine Islam-Aussage gerüffelt. Ein einmaliger Vorgang. Sind diese unüberbrückbaren Gegensätze in der Migrationspolitik nicht die Achillesferse der Großen Koalition?

Jürgen Aretz: Das ist weniger die Achillesferse der Großen Koalition als ein Problem der deutschen Politik schlechthin. Aus Umfragen wissen wir, dass selbst bei den Wählern der Grünen die Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland, keine Mehrheit findet. Das ist eher eine Position von Berufspolitikern, Funktionären und bestimmten Intellektuellen, die einen privilegierten Zugang zu den Medien haben. Fast zwei Drittel der Menschen in diesem Lande stimmen der Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland, nicht zu.

Die Formulierung der Aussage ignoriert freilich Entscheidendes. Was bedeutet eigentlich „dazugehören“? Bedeutet das: von alters her, soziokulturell und politisch prägend, also Teil der eigenen Identität, oder bedeutet das lediglich präsent sein in Gestalt von Menschen? Und welcher Islam ist gemeint? Der (Mehrheits-)Islam, der Frauen als Menschen minderen Rechts betrachtet, Homosexuelle bestraft – bis hin zur Todesstrafe – oder „der“ Islam, der uns in Deutschland in Gestalt aufgeklärter und integrierter Muslime gegenübertritt? Übrigens: Muslime werden keineswegs nur von Islamophoben angegriffen. Dasselbe widerfährt aufgeklärten Muslimen. Sie werden allerdings

von einer muslimischen Mehrheit attackiert und verfolgt, weil ihre Überzeugungen als „unislamisch“ gelten.

? Wie beurteilen Sie Merkels Haltung, die sich offen gegen die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung richtet? Hält sich Merkel für sakrosankt?

Jürgen Aretz: Dass sich die Pfarrerstochter Angela Merkel für sakrosankt hält, glaube ich nicht. Aber ich fürchte, weder sie noch ihre Umgebung haben sich mit der Fragestellung in einer Weise auseinandergesetzt, die sich um (Er-)Kenntnisgewinn bemüht. Eine seriöse Begründung ihrer Position hat Frau Merkel bisher nicht geliefert.

? Auch die neue CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer hat sich öffentlich gegen Horst Seehofer gestellt. Diese Reaktion ist das Gegenteil von dem, was Kramp-Karrenbauer bei ihrem Amtsantritt versprochen hatte. Nämlich strittige und kontroverse Themen offen zu diskutieren.

Jürgen Aretz: Da möchte ich Frau Kramp-Karrenbauer in Schutz nehmen. Nachdem sich die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin in so dezidiert Weise festgelegt hat, können Sie von der Generalsekretärin kein politisch-suizidales Heldentum in Form einer öffentlichen Distanzierung erwarten.

? Wie bewerten Sie den Kompromiss von Union und SPD beim Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige?

Jürgen Aretz: Sie sprechen zu Recht von einem Kompromiss. Es gibt bekanntermaßen gute und schlechte Kompromisse. Die Qua-

lität des Kompromisses wird sich auch bei der Frage des Familiennachzuges in der Praxis erweisen. Und da gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Koalition, die ein hohes Spannungspotenzial mit sich bringen. Im Übrigen halte ich es für bedauerlich, dass in diesem Kontext ein negatives gesellschaftliches und politisches Klima zu konstatieren ist. Die unkontrollierte und in Teilen durch rechtswidriges Handeln ermöglichte Massenzuwanderung hat dazu geführt, dass mancherorts nicht mehr differenziert wird zwischen Menschen, die aus einer tatsächlichen Verfolgungssituation heraus bei uns Schutz suchen – z. B. verfolgte Christen – und solchen, die aus wirtschaftlichen Motiven kommen.

? Glauben Sie, dass Merkels stures Festhalten an ihrer Flüchtlingspolitik dazu angetan ist, enttäuschte CDU-Wähler, die zur AfD abgewandert sind, wieder in den Schoß von Mutter CDU zurückzuholen?

Jürgen Aretz: Wir müssen in diesem Punkt zwischen den Stammwählern der CDU und Wechselwählern unterscheiden. Aus der Wahlforschung wissen wir, dass bei allen Parteien die Mobilisierung der Stammwähler erste Voraussetzung für den Wahlerfolg ist. Es sollte die CDU-Führung daher nachdenklich stimmen, dass ihrer Partei so viele Stammwähler abhanden gekommen sind. Andere haben die Partei gewählt und dabei die Faust in der Tasche geballt. Nach Wahlen müsste es das Gebot der Stunde – und der politischen Klugheit – sein, sich (selbst-)kritisch mit dem Wählerverhalten auseinanderzusetzen. Wenn der Eindruck zugelassen wird, dass eigene Fehler nicht gesehen werden, ist das alles andere als ein guter Neubeginn. Man soll-

te das Gedächtnis der Menschen nicht unterschätzen, und so manche Faust, die in der Tasche geballt war, könnte beim nächsten Mal auf den Tisch hauen oder weniger bildlich zu einem Wahlkreuz an anderer Stelle führen. Der CDU kann ein ähnliches Schicksal drohen wie ihren Schwesterparteien in den Niederlanden oder Italien.

? Die AfD stellt im Bundestag Anträge, die wortwörtlich der CDU-Beschlussklage entsprechen. So zum Beispiel bei den Themen Grenzsicherung und Doppelpass. Dennoch werden diese Anträge durch die CDU gnadenlos abgeschmettert. Ist eine solche Verfahrensweise nicht unglaubwürdig und bewirkt, dass die AfD weiteren Zulauf bekommt?

Jürgen Aretz: Wer das Prinzip der innerparteilichen Demokratie nicht wirklich ernst nimmt und Parteitagbeschlüsse – wie zum Thema Doppelpass – ignoriert, und das auch noch demonstrativ, bringt sich selbst in eine solche Bredouille. Andererseits hat Hugo Müller-Vogg hat in der letzten Ausgabe dieses Magazins zutreffendes über die AfD ausgeführt: Sie sei „teils konservativ, teils völkisch, teils antisemitisch“. In der AfD gibt es zu viele, die unappetitliche Positionen vertreten und politische Rüpelkomödien aufführen. Ohne eine personelle und programmatische Selbstreinigung wird die AfD im Bundestag und den Landtagen Außenseiterin bleiben und keine Regierungsbeteiligung erreichen. Selbst wenn ihr diese Katharsis gelänge, bliebe die Frage, ob ihr dann nicht so viele Wähler und Anhänger von der Fahne gingen, dass eine unbedeutende Splitterpartei übrig bliebe.

? Der CDU-Haushaltsexperte Klaus-Peter Willsch befürchtet, dass die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Europapolitik zu einer Transferunion führen wird, indem zum Beispiel der Europäische Stabilisierungsmechanismus (EFM) in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) umgewandelt werden soll. Teilen Sie die Befürchtungen von Klaus-Peter Willsch?



Jürgen Aretz: Leider kann ich Herrn Willsch nicht widersprechen. Sehr viel wird von dem neuen Bundesminister der Finanzen abhängen, Herrn Scholz. Er scheint in dieser Frage ja durchaus differenziertere Positionen zu vertreten als der irrlichternde SPD-Spitzenkandidat bei den Bundestagswahlen, von dem nur übrig geblieben ist, dass jetzt alle von der Existenz der Stadt Würselen wissen. Im Fußball sagt man: Die Wahrheit ist auf dem Platz. Für Herrn Scholz ist die Wahrheit in Brüssel. Warten wir ab, wie er den Begehrlichkeiten seiner EU-Kollegen gegenüber tritt.

? Wie bewerten Sie den heftig kritisierten Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Spahn zum Thema Hartz IV? Spahn hat sich auch mit den Abtreibungs-Protagonisten angelegt. Ein weiterer Knackpunkt innerhalb der Großen Koalition?

Jürgen Aretz: Herr Spahn hat mit seinen Äußerungen zu Hartz IV im Kern recht. Freilich ist dieses seinerzeit unter dem Kanzler Gerhard Schröder maßgeblich von Wolfgang Clement entwickelte Konzept in den letzten Jahren – auch unter Mitwirkung von CDU und FDP – in Teilen durchlöchert worden. Faktisch wird Hartz IV weithin als selbstverständliche Sozialleistung verstanden, und die dazu gehörenden Regeln werden als repressiv diffamiert. Aus dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ scheint im allgemeinen Verständnis ein Berechtigungsanspruch ohne Gegenleistung ge-

worden zu sein. Dass es bei Hartz IV auch Korrekturbedarf gibt, steht dieser Feststellung nicht entgegen. Aber der Grundsatz, dass der Leistung der Solidargemeinschaft auch die Erwartung und Notwendigkeit einer Gegenleistung gegenübersteht – jedenfalls dort, wo es möglich ist – muss offener und offensiver vertreten werden.

Und auch im Hinblick auf seinen Einwurf zum Thema Lebensschutz muss man Herrn Spahn dankbar sein. Viele in unserer Gesellschaft reduzieren dieses Thema doch auf ein „Recht auf Abtreibung“. Ein solches Recht gibt es nicht. In diesem Land gilt

es heute freilich oft schon als illiberal, wenn man auf das geltende Recht hinweist. Und danach bleibt die Abtreibung rechtswidrig; sie wird lediglich unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr bestraft. Am konsequenten Schutz des Lebens – vom ungeborenen Leben bis zum erlöschenden Leben – erweist sich, ob dieses Land tatsächlich zur Humanität gefunden hat.

? Sehen Sie den nur teilweisen Abbau des Solidaritätsbeitrages als verfassungskonform an?

Jürgen Aretz: Ich fürchte, mit diesem „Kompromiss“ wurde ein weiterer Beitrag dazu geleistet, die Glaubwürdigkeit der Politik zu untergraben. Allen Beteiligten ist doch klar, dass diese Regelung vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand mehr hätte.

? Auch die Abflachung des sogenannten Mittelstandsbauches, wie durch die Mittelstandsvereinigung der CDU immer wieder gefordert, findet keine Berücksichtigung im Koalitionsvertrag. Wer heute das 1,6fache des Durchschnittsgehalts verdient, muss bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 war es das 18fache. Bleibt da nicht die Gerechtigkeit auf der Strecke?

Jürgen Aretz: Die Frage zu stellen, heißt, sie zu beantworten. Das Ergebnis der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Entwicklung ist nicht nur unbillig. Dieses

Ergebnis verdient das schlimmste Prädikat, das politischem Handeln zuteil werden kann: Das ist ganz einfach dumm. So werden Leistungsträger demotiviert und der Zusammenhalt der Gesellschaft in Frage gestellt. Alle Kundigen wissen doch – Deutschland lebt entscheidend von der Leistungsbereitschaft und der Leistungskraft seines Mittelstandes. Das geht weit über das Materielle hinaus. Denken wir nur im Bereich der mittelständischen Wirtschaft an deren Beitrag zur Ausbildung junger Menschen.

Die ignorante Behandlung des Mittelstandes ist ein Beispiel dafür, dass „die“ Politik allzu oft an den Fragen der Menschen und den wirklichen Herausforderungen vorbeigeht. Dass sich unser Land das leisten kann, erscheint sehr zwei-



Mit Dr. Jürgen Aretz sprach Rita Seiler

felhaft. Wenn die Verteidigungsministerin den Eindruck aufkommen lässt, dass die Präsentation von Uniformen für schwangere Soldatinnen wichtiger ist als die Re-

paratur von Fluggerät und Panzern, ist die Grenze zum Lächerlichen überschritten.

Vielleicht geht es uns zu gut. Wir haben uns an einen materiellen Standard gewöhnt, den es in Deutschland noch nie gegeben hat und der für viele im Ausland im wahrsten Sinne des Wortes anziehend ist. Unsere positive Entwicklung hält – historisch gesehen – schon ungewöhnlich lange an. Die Frage liegt nahe, ob wir gesellschaftlich und politisch überhaupt noch die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass es anders kommen könnte. Dabei zeigt der Blick auf bestimmte weltpolitische Ent-

wicklungen, dass unkalkulierbare Risiken drohen – politisch wie wirtschaftlich. Darauf, so hat es den Anschein, sind wir ganz und gar unvorbereitet. ■

eset ENJOY SAFER TECHNOLOGY™

SICHERHEIT ALLE IHRE GERÄTE

Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technologie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards.

Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kostenlosen Support.

Dies alles für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android. Als Einzelversion oder als Paket mit bis zu 5 Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

- ✓ Antivirus/Antispyware
- ✓ Optimierte für virtuelle Umgebungen
- ✓ Anti-Phishing
- ✓ Web-Kontrolle
- ✓ Zwei-Wege-Firewall
- ✓ Botnet-Erkennung
- ✓ Anti-Spam
- ✓ Zentrale Verwaltung

Fragen Sie nach einem auf Sie speziell zugeschnittenen Sicherheitspaket! Gerne beraten wir Sie - Ihr K6 Medien Team!

Exklusiv
für BDS Mitglieder
10%
Vergünstigung auf
ESET-Software



K6 MEDIEN
MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!

☎ (0231) 33874133
☎ (0231) 33896183
✉ info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de